



133/2005

Kiel, 26. September 2005

## Die 6. Tagung des Landtages: Auftakt mit Fragestunde zu Strandparken und SPAR-Schließung

Kiel (SHL) – *Am nächsten Mittwoch kommt der Landtag zu seiner sechsten Tagung zusammen. Bis Freitag Mittag werden dann 42 Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Zum Auftakt gibt es erneut eine Fragestunde.*

Auf zwei Fragen muss die Regierung dabei eingehen: „Hat die Landesregierung vor, mit der Gemeinde **St. Peter-Ording** erneut über den Vertrag über das **Strandparken** zu verhandeln?“, möchte Karl-Martin Hentschel von den GRÜNEN wissen. Anke Spoorendonk, SSW-Landtagsgruppe, interessiert: „Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem **Arbeitsplatzabbau bei der SPAR** Handels AG in Schenefeld und der Schließung der SPAR-Zentrale Flensburg?“ Die Regularien sehen folgendes vor: Der jeweils zuständige Minister muss mündlich antworten. Anschließend kann der Abgeordnete, der die Fragestunde auf die Tagesordnung gesetzt hat, drei Zusatzfragen stellen, und auch andere Parlamentarier können eigene Fragen einbringen.

Anschließend geht es um die Kulturpolitik der Landesregierung: Sie hat dem Landtag auf dessen Wunsch ihre **Kulturpolitischen Schwerpunkte und Grundsätze** vorgelegt (Drs. 16/201). Darin bekennt sich Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zur Förderung der Spitzenkultur ohne Vernachlässigung der Breitenkultur. Mit verstärktem Sponsoring wolle man die Entwicklungschancen der Kultur insgesamt verbessern.

Nächster Punkt ist die Zweite Lesung des Gesetzes zur Ausführung der organisationsrechtlichen Bestimmungen des Sechsten Buches **Sozialgesetzbuch** (Drs. 16/266). Hierzu ist eine kurze Berichterstattung des Sozialausschusses, jedoch keine Aussprache vorgesehen. Es geht dabei um die beamtenrechtlichen und personalvertretungsrechtlichen Folgen der Zusammen-

fassung von drei Landesversicherungsanstalten (Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein) zur Deutschen Rentenversicherung Nord.

Ebenfalls in Zweiter Lesung geht es dann um die Änderung des Gesetzes zur **Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz**. Dazu liegt eine Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses vor (Drs. 16/267). Gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er die Ablehnung der Grünen-Initiative zur Vergrößerung der Datenschutzkommission des Landtages. Die Grünen wollten jeder Fraktion einen Sitz in diesem Gremium sichern. Bislang gehören dem Kontrollgremium lediglich drei Abgeordnete des Parlamentes an, die nach dem geltenden Verteilungsschlüssel alle der großen Koalition zustehen. Die CDU hat bei der Wahl jedoch einen ihrer Plätze an Oppositionsführer Wolfgang Kubicki (FDP) abgetreten.

Nächster Punkt ist die Erste Lesung zur **Änderung der Gemeindeordnung und der Amtsordnung** (Drs. 16/106 neu, 16/127). Hintergrund: Die schwarz-rote Koalition will die Zahl der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten im Lande reduzieren. Künftig sollen Gemeinde- und Amtsverwaltungen nur noch ab einer Einwohnerzahl von 15.000 einen solchen Posten bereithalten. Bislang liegt die Grenze bei 10.000. Der FDP-Antrag geht noch weiter: Die Liberalen fordern, auf eine landesrechtliche Regelung zur Gleichstellung zu verzichten und dies stattdessen der kommunalen Selbstverwaltung zu überlassen.

Am **Mittwoch Nachmittag** geht es dann weiter mit einem Antrag der GRÜNEN zur **Neuordnung der Lehrerbildung** (Drs. 16/264). Die Grünen sprechen sich darin für eine Ausbildung der Pädagogen nach dem Bachelor/Master-System aus. An der Universität Flensburg beginnt bereits zum Wintersemester das im Rahmen des Bologna-Prozesses europaweit eingeführte neue Bachelor-Studium, in Kiel und Hamburg jedoch noch nicht. Ziel der Grünen ist es, dass die Studiengänge an den verschiedenen Universitäten nicht weiter auseinander laufen. Das Konzept sieht die Einführung des Stufenlehramts vor, das nicht an Schularten gebunden ist. Künftige Lehrkräfte sollen dadurch flexibler einsetzbar sein.

Um die **Sozialstaffelregelung im Kindertagesstättengesetz** geht es beim nächsten Tagesordnungspunkt. Grundlage ist ein Antrag der GRÜNEN (Drs. 16/278). Sie fordern einen mündlichen Bericht der Landesregierung zur Auswirkung des Hartz IV-Gesetzes auf die Kinderbetreuung im Lande. Hintergrund: Der Landtag hatte im November 2004 die Landesgesetzgebung an die neuen Bundesvorgaben angepasst. Hierzu zählte auch die Neuregelung der Zuschüsse für die Kindergartenbetreuung von Kindern aus Hartz IV-Familien. Die GRÜNEN wollen nun wissen, wie sich diese Neuregelung in

den verschiedenen Kreisen des Landes ausgewirkt hat. Zudem wird gefragt, ob Eltern ihre Kinder aus finanziellen Gründen abmelden mussten. Informationen über die Auswirkung auf die kommunalen Haushalte soll die Landesregierung ebenfalls geben.

Danach steht ein weiterer Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Tagesordnung: Es geht um eine **Notfallplanung Pflegemängel** (Drs. 16/260). Die Regierung soll mündlich berichten, welche gemäß Koalitionsvertrag vereinbarten Schritte bereits unternommen wurden, um Pflege-Missstände zu verhindern.

Über die **Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG)** soll dann ebenfalls mündlich von der Regierung berichtet werden. Dies beantragen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/261). Das Bundesgesetz verpflichtet Länder und Kommunen, das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren dem realen Bedarf anzupassen. Dazu soll ein aktueller Sachstand für das Land gegeben werden.

Eine **ganzjährige Verkehrsanbindung für Helgoland sicherstellen**, das wollen CDU und SPD erreichen und haben dazu einen Berichtsantrag eingebracht (Drs. 16/265). Helgoland ist vom Festland aus per Fähre und Flugzeug erreichbar. Aber: Die Verbindung zu Deutschlands einziger Hochseeinsel ist touristisches Saisongeschäft und beschränkt sich weitgehend auf die Sommermonate. Von November bis März fährt nur viermal pro Woche ein Schiff von Cuxhaven aus.

Weiter geht es dann mit Hochschulpolitik. Die Landesregierung plant eine Änderung der **Hochschulfinanzierung** (Drs. 16/268): Die neun Unis und Fachhochschulen im Lande sollen stärker nach Leistung bezuschusst werden. Vorgesehen ist, fünf Prozent des Hochschul-Budgets, insgesamt knapp 12 Millionen Euro, nicht mehr nach dem pauschalen Verteilungsschlüssel an die Unis und FHs auszuschütten, sondern an die Erfüllung bestimmter Leistungskriterien zu knüpfen. Die Kriterien für dieses Anreizbudget sind: Zahl der Studenten, Absolventen und Promotionen, angeworbene Drittmittel sowie die Zahl der Professorinnen. Die Regelung basiert auf der Zielvereinbarung zwischen dem Land und den Hochschulen von 2003. Sie soll ab dem Haushaltsjahr 2006 gelten und, im Erfolgsfall, ab 2009 ausgeweitet werden. Hierfür braucht die Regierung die Zustimmung des Landtages.

Am **Donnerstag, 29. September**, wird zu Beginn über den **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für das Jahr 2004** debattiert (Drs. 16/103). Die Nachfrage nach Information, Beratung und Interessenvertretung durch die Bürgerbeauftragte erreichte 2004 laut dem Bericht mit 2.966 Neueingängen erneut einen Höchststand. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem Vor-

jahr von 6,38 Prozent. Die Schwerpunkte lagen in den Bereichen Sozialhilfe, gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung sowie Behinderten- und Schwerbehindertenrecht.

Eine Erste Lesung steht dann auf dem Programm: Die Landesregierung legt dem Landtag eine Änderung des **Landesbeamtengesetzes** vor (Drs. 16/255). Das Ziel: Polizei- und Feuerwehrbeamte sollen sich mit 1,4 Prozent des Grundgehalts an ihrer **Heilfürsorge** beteiligen. Dies ist Teil der von der Landesregierung angekündigten Maßnahmen zur Sanierung des Landeshaushalts. Bei der Heilfürsorge übernimmt das Land als Dienstherr die Krankheitskosten der Beamten, da sie sich aufgrund ihres erhöhten Berufsriskos nur unter großen Schwierigkeiten privat versichern könnten.

Einen Entwurf zu einem **Landeswaldgesetz** hat die FDP in das Landesparlament eingebracht (Drs. 16/270). Darüber wird in Erster Lesung beraten. Das Gesetz soll das erst im Dezember 2004 in Kraft getretene Landeswaldgesetz neu fassen. Damals war von der Opposition kritisiert worden, dass die wirtschaftliche Nutzung des Waldes durch die Eigentümer zu stark beschnitten werde. Ebenfalls auf Widerstand stieß die Aufhebung des Betretungsverbots für private Wälder. Schleswig-Holstein ist das waldärmste Flächenland in Deutschland: Während im Bundesdurchschnitt die Waldfläche bei rund 30 Prozent liegt, sind es im Norden nur 9,9 Prozent.

In Erster Lesung geht es danach um einen Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur **Änderung der Landesverfassung** (Drs. 16/279). Es geht um eine Änderung des Artikels 44. Dieser gesteht dem Bundesverfassungsgericht (BVG) die Aufsicht über die Landesverfassung zu, weil Schleswig-Holstein als einziges Bundesland kein eigenes Verfassungsgericht hat. Satz 2 des Artikels sieht ein Quorum von einem Drittel der Mitglieder des Landtages zur Einreichung einer Verfassungsbeschwerde vor. Die derzeitige Opposition verfügt jedoch nur über zehn der 69 Parlamentssitze und erfüllt dieses Quorum daher nicht. Grüne und SSW wollen nun, dass „ein Drittel der Mitglieder des Landtags, eine Fraktion oder die Abgeordneten, denen die Rechte einer Fraktion zustehen“ die Möglichkeit zur Verfassungsklage erhalten.

Nächstes Thema ist die Medienpolitik: CDU und SPD im Landtag fordern die Zusammenlegung der Unabhängigen Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien (ULR) für Schleswig-Holstein und der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM) zu einer gemeinsamen **Medienanstalt Nord** (Drs. 15/217). Hierdurch soll der Medienstandort Norddeutschland gestärkt werden. Über den Fortgang der Verhandlungen soll die Regierung dem Parlament „regelmäßig und unaufgefordert“ Bericht erstatten.

Ein Berichts Antrag der GRÜNEN folgt dann: Es geht um die **Anmeldung der 4. Tranche NATURA 2000** (Drs. 16/272). Hintergrund: Im Rahmen des 1992 beschlossenen Programms „Natura 2000“ haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, Naturschutzgebiete im Sinne der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) und der Vogelschutz-Richtlinie auszuweisen. Mit Stand vom Juli 2004 hat das Land Schleswig-Holstein 270 FFH-Gebiete mit einer Landfläche von rund 124.000 Hektar und einer Meeresfläche von rund 567.000 Hektar ausgewählt und gemeldet. Bei den Vogelschutzgebieten belaufen sich die gemeldeten Gebiete auf 45 mit rund 101.000 Hektar Land- und rund 738.000 Hektar Meeresfläche.

Am **Nachmittag** berät das Parlament in Erster Lesung auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über ein Gesetz zur **Einführung von Innovationsbereichen zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren (BID-Gesetz)** (Drs. 16/246). Die GRÜNEN wollen damit das gemeinsame Engagement von Ladenbetreibern eines Standorts fördern. Die Abkürzung steht für „Business Improvement District“ beziehungsweise „Bündnis für Innovation und Dienstleistung“. Kaufleute, die an einem gemeinsamen Standort tätig sind – etwa einer Straße oder einem Stadtteil –, sollen gesetzlich dazu verpflichtet werden, regelmäßig in einen BID-Fonds einzuzahlen. Als Gegenleistung organisiert die private BID-Gesellschaft die Außendarstellung des Standorts, zum Beispiel mit Kinderfesten oder Straßenumgestaltungen. Die aus den USA und Kanada stammende Idee soll der Abwanderung von Kunden in Einkaufszentren auf der grünen Wiese entgegenwirken.

Der **Erhalt der Rechtsmedizin an den Universitätsstandorten Kiel und Lübeck** war das Ziel eines FDP-Antrages (Drs. 16/16). Der Bildungsausschuss hat nun eine Beschlussempfehlung für das Plenum vorgelegt. Darin empfiehlt er, die Labors in Kiel und in Lübeck zu erhalten, aber Kapazitäten und Personal zusammenzufassen sowie kostendeckende Gebühren zu erheben. Schwarz-Rot stimmte für die Empfehlung, die Grünen enthielten sich, die FDP war dagegen.

Um den **Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** geht es anschließend im Landtag. Auf Antrag der GRÜNEN hatte der Landtag einen Bericht der Landesregierung dazu abgefordert (Drs. 16/206). Hintergrund: Seit Inkrafttreten von Hartz IV im Januar dieses Jahres haben Jugendliche bis 25 Jahre einen Rechtsanspruch auf eine Ausbildung beziehungsweise auf berufsbildende Maßnahmen. Die praktische Umsetzung dieses Anspruches hat sich nach Angaben des Arbeitsministeriums jedoch schwierig gestaltet. Dies liegt dem Bericht zufolge zum einen an dem „deutlich über die kalkulierte Größenordnung hinausgehenden Anspruchsberechtigtenkreis“, zum anderen an den „zum Teil deutlich auseinander fallenden Arbeitskulturen“ der kommunalen Verwaltung und der Bundesagentur für Arbeit (BA).

**Gentechnik und Biotechnologie in der Landwirtschaft** sind die nächsten Themen, die den Landtag beschäftigen. Dazu liegt ein Bericht der Landesregierung vor (Drs. 16/256), in dem unter anderem über Maßnahmen der Landesregierung gegen die Ausbreitung von gentechnisch veränderten Futterpflanzen berichtet wird. Demnach sind seit 1996 insgesamt 29 Freisetzungsvorhaben an elf Standorten genehmigt worden, von denen nicht alle genutzt worden sind. Seit 2004 haben in Schleswig-Holstein keine Freisetzungsvorhaben mehr stattgefunden. Mit Biotechnologie befassen sich ca. 30 Unternehmen im Lande; im Bereich der Grünen Gentechnik sind fünf Unternehmen aktiv. Dabei geht es vor allem um die Veränderung der Zusammensetzung von Inhaltsstoffen bei Rapsöl und Kartoffelstärke.

Ein weiterer Regierungsbericht befasst sich mit dem **Emissionshandel (CO<sub>2</sub>-Zertifikate)** (Drs. 16/257). Hintergrund: Im Rahmen der Umsetzung des Kyoto-Protokolls ist innerhalb der Europäischen Union am 1. Januar 2005 der Emissionshandel gestartet. Das Kyoto-Protokoll ist ein 1997 beschlossenes Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der Klima-Rahmenkonvention (UNFCCC) der Vereinten Nationen für den Klimaschutz. Die EU hat sich im Rahmen des Kyoto Protokolls zu einer Emissionsreduktion von 8 % in der Periode 2008-12 gegenüber 1990 verpflichtet. Der Emissionshandel dient der Erreichung dieses Zieles. In Schleswig-Holstein nehmen insgesamt 54 Anlagen am Emissionshandel teil; davon sind 42 Anlagen dem Sektor Energie zuzuordnen.

Letztes Thema am Donnerstag ist die **Reform der europäischen Zuckermarktordnung**. Auf Antrag der Regierungskoalition soll ein mündlicher Bericht gegeben werden, der über den Stand der Reform Auskunft gibt (Drs. 16/210). Hintergrund: Die EU-Kommission hat am 22. Juni 2005 ihre Vorschläge für eine Reform der Zuckermarktordnung vorgelegt. Danach sollen die garantierten Preise für Zuckerrüben und Zucker in mehreren Schritten drastisch reduziert werden. Zugleich sollen die Produktionsquoten im Rahmen eines von der Zuckerindustrie zu finanzierenden Strukturfonds auf zunächst freiwilliger Basis deutlich unter den europäischen Zuckerverbrauch gesenkt werden. Die Landesregierung soll nun über die Auswirkungen für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft berichten.

Am **Freitag, 30. September 2005**, geht es um Europapolitik:

Erstes Thema ist die **Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland**. Hierzu hatten SSW und FDP einen Regierungsbericht gefordert, der nun Grundlage der Beratung ist (Drs. 16/253).

Um **Europäische Identität** und das **Europa der Regionen** geht es danach: Der Landtag behandelt zwei Anträge zur stärkeren Identifizierung der Bürger mit der Europäischen Integration. Die Fraktion der GRÜNEN fordert die Landesregierung auf, einen Bericht über den europäischen Einigungsprozesses abzugeben (Drs. 16/157). Der Bericht soll Aufschluss darüber geben, welche Möglichkeiten zur Schaffung einer europäischen Identität in Schleswig-Holstein bestehen. Die GRÜNEN weisen der Bildung eine Schlüsselposition bei der Schaffung einer europäischen Identität zu. CDU und FDP fordern ein „Europa der Regionen“ (Drs. 16/218). Der Ausschuss der Regionen, die Vertretung der regionalen Ebene in Brüssel, soll gestärkt werden. Zudem will man die Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbarn wie mit Dänemark und den Partnern im Parlamentsforum „Südliche Ostsee“ sowie innerhalb Schleswig-Holsteins zwischen der kommunalen und der Landesebene ausweiten.

Letzter Tagesordnungspunkt der 6. Tagung: Auf Initiative der Regierungskoalition berichtet die Regierung über **Subsidiaritätskontrolle und Frühwarnsystem im Zuge europäischer Gesetzgebungsverfahren**. Dabei geht es darum, wie der Landtag daran auf Landesebene beteiligt werden und frühzeitig in Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene einbezogen werden kann. Eine solche Einbindung ist in der EU-Verfassung vorgesehen.

**Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle ab Dienstag Nachmittag im Internet unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) bei *plenum online*.**

**Kiel TV** überträgt die Plenartagung wie gewohnt live im Fernsehen.

## Reihenfolge der Beratung der 6. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
<b>Mittwoch, 28. September 2005</b>			
<b>42</b>	<b>Fragestunde</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
<b>34</b>	<b>Kulturpolitische Schwerpunkte und Grundsätze</b>	<b>30</b>	<b>11:00</b>
<b>2</b>	<b>Gesetz zur Ausführung der organisationsrechtlichen Bestimmungen des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch - Eine Aussprache ist nicht vorgesehen -</b>	<b>5</b>	<b>11:30</b>
3	Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10)	35	11:35
4	Änderung der Gemeindeordnung und der Amtsordnung	30	12:10
<b>24</b>	<b>Neuordnung der Lehrerbildung</b>	<b>35</b>	<b>15:00</b>
29	Revisionsklausel gemäß Landesausführungsgesetz zum SGB II / Sozialstaffelregelung im Kindertagesstättengesetz	30	15:35
20	Notfallplanung Pflegemängel	30	16:05
21	Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG)	30	16:35
25	Ganzjährige Verkehrsanbindung für Helgoland sicherstellen	30	17:05
26	Antrag auf Zustimmung des Landtages zu den Eckwerten für das Anreizbudget im Rahmen der Vergabe eines Anteils der Landesmittel an die Hochschulen nach Leistung	30	17:35
<b>Donnerstag, 29. September 2005</b>			
<b>41</b>	<b>Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten für das Jahr 2004</b>	<b>30</b>	<b>10:00</b>
10	Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes	30	10:30
11	Waldgesetz für das Land Schleswig-Holstein	35	11:00
12	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung	30	11:35
17	Entschließung zur „Medienanstalt Nord“	30	12:05
27	Anmeldung der 4. Tranche NATURA 2000	30	12:35
7	Gesetz zur Einführung von Innovationsbereichen zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren	35	15:00
32	Erhalt der Rechtsmedizin an den Universitätsklinikstandorten Kiel und Lübeck	35	15:35
35	Hartz IV / Abbau der Jugendarbeitslosigkeit	30	16:10
37	a) Gentechnik in der Landwirtschaft b) Biotechnologie in der Landwirtschaft	30	16:40
38	Erste Erfahrungen mit dem Emissionshandel	30	17:10
40	Reform der europäischen Zuckermarktordnung	30	17:40
<b>Freitag, 30. September 2005</b>			
<b>36</b>	<b>Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>



TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
16	a) Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen! b) Schleswig-Holstein stärkt das „Europa der Regionen“	60	11:00
39	Subsidiaritätskontrolle und Frühwarnsystem im Zuge europäischer Gesetzgebungsverfahren	60	12:00

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen.

TOP		Berichterstattung
5	Gesetz betreffend die Ablösung der Reallasten vom 3. Januar 1873	-
6	Änderung des Landesschlichtungsgesetzes	-
8	Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten zur FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006	-
9	Ausführungsgesetz zum EG-Gentechnik-Durchführungsgesetz	-
13	Neubesetzung für den Stiftungsrat der Kulturstiftung	-
14	Wahl der Mitglieder des Medienrates	-
18	Zustimmung gemäß Artikel 34 der Landesverfassung	-
19	Situation und Entwicklung des Milchmarktes	-
22	Aktionsplan Kinder und Jugend	-
23	"Gemeinsame Servicestellen" gemäß SGB IX	-
28	Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Regionalen Bildungszentren	-
30	Sicherung der Ausbildung in der Altenpflege	5
31	Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 2003	5
33	Verhütungsmittel an ALG II- und Sozialhilfeempfänger/Innen	5

Es ist beabsichtigt, den folgenden Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

TOP	
15	Bericht zum Sachstand Husumer Hafen Beratung wird für die Dezember-Tagung vorgesehen.